

Statt der von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen wollen wir eine Solidarität, die eine Kritik an der deutschen und europäischen Asylpolitik und das unbedingte Einstehen für Bewegungsfreiheit für alle miteinschließt – unabhängig davon, weshalb sie ihr Heimatland verlassen. Es sollte nicht darum gehen, Menschen hier »willkommen zu heißen« als erteile die deutsche Bevölkerung das Recht zum Aufenthalt. Vielmehr sollten wir gegen Machtverhältnisse ankämpfen, die dafür sorgen, dass eine Schere zwischen den hier Lebenden und den hier Ankommenden aufgemacht wird. Wir wollen ein Europa und eine Welt ohne Grenzen, in der alle frei entscheiden können, wohin sie gehen und wo sie bleiben - und nicht nur einige wenige, die durch ihre Staatsangehörigkeit privilegiert sind.

*EIN KLEINER, ABER WICHTIGER SCHRITT IN DIE RICHTIGE RICHTUNG KANN DIE VERHINDERUNG DER GEPLANTEN ASYLRECHTSVERSCHÄRFUNGEN SEIN. KOMMT DESHALB MIT UNS AM 19. SEPTEMBER AUF DIE STRASSE UND SETZT EIN DEUTLICHES ZEICHEN FÜR SOLIDARITÄT, BEWEGUNGSFREIHEIT UND OFFENE GRENZEN!*

# OFFENE GRENZEN UND SOLIDARITÄT

STATT ASYLRECHTSVERSCHÄRFUNGEN UND  
RECHTEM HASS.

NOBORDERFFM – NOBORDER-FRANKFURT.ANTIRA.INFO  
REFUGEES FOR CHANGE – FB.COM/REFUGEES4CHANGE

Demonstration | Sa. 19.09.15 | 12 Uhr | Hauptwache Frankfurt

In den letzten Tagen wurde von vielen Seiten die Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung betont, die an vielen Bahnhöfen Geflüchtete in Empfang« genommen hat. Solche Unterstützung ist wichtig und unverzichtbar, aber sie reicht nicht aus. Solidarität muss über Sachspenden, Willkommensgesten und Worte hinausgehen. Denn während die Hilfsbereitschaft von der Bundesregierung einerseits hoch gelobt wird, werden andererseits gleichzeitig die schon zweiten Asylrechtsverschärfungen in diesem Jahr geplant.\* Diese werden erneut menschenverachtende Verschlechterungen für Geflüchtete bedeuten, die das geäußerte Lob als blanken Hohn erscheinen lassen.

Am 24. September soll beim Bund-Länder-Gipfel eine massive Verschärfung des Asylrechts beschlossen werden. Verbesserungen im Bereich der Asylpolitik, die hart erkämpft wurden, sollen zunichte gemacht werden. Die Koalition fantasiert »Fehlansätze« des deutschen Asylrechts herbei, die Menschen angeblich nach Deutschland locken würden und deshalb zukünftig abgeschafft werden sollen. So sollen unter anderem...

*...Bargeldzahlungen verfassungswidrig möglichst durch »Sachleistungen ersetzt werden«: Lebensmittelpakete und Kleidungslieferungen statt der Möglichkeit mit dem zustehenden Geld selbst über die eigene Versorgung zu entscheiden.*

*...die »Höchstdauer des Aufenthaltes in Erstaufnahmeeinrichtungen« von 3 auf 6 Monate erhöht werden. Die zugehörige Residenzpflicht, also das Verbot je nach lokaler Regelung das Stadtgebiet, den Landkreis oder das Bundesland nicht verlassen zu dürfen, soll entsprechend verlängert werden.*

*...Kosovo, Albanien und Montenegro zu »sicheren Herkunftsstaaten« erklärt werden. Asylsuchende aus diesen und anderen als »sicher« definierten Ländern sollen bis zum Ende ihres Asylverfahrens in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben und von dort direkt wieder abgeschoben werden. Dies ist nicht zuletzt aufgrund der keinesfalls sicheren Lage für Minderheiten wie Roma in den genannten Ländern, eine fatale Absicht.*

*...die Höchstdauer zur Aussetzung von Abschiebungen von 6 auf 3 Monate reduziert werden. »Geduldete« dürfen sich also fortan nicht mehr als ein Vierteljahr »sicher« in Deutschland fühlen.*

Menschen zu unterstellen, wegen der geringen Bargeldleistungen (143 Euro für Alleinstehende) nach Deutschland einzureisen, ist nicht nur ein Hohn für alle, die vor Krieg, Verfolgung und rassistischer Diskriminierung fliehen, dieser Populismus befeuert eine Neiddebatte, die den Nährboden für eine weitere Zunahme der rassistischen Hetze und Gewalt gegen Geflüchtete schafft. Denn während zuletzt Geflüchtete vielfach »in Empfang« genommen wurden, wurden 2015 zugleich die meisten rassistischen Anschläge seit Jahren verübt: Mindestens 305 Angriffe (davon 45 Brandanschläge) auf Unterkünfte – und damit mehr als ein Angriff pro Tag! – und mindestens 140 Verletzte wurden bisher für dieses Jahr verzeichnet\* Möglich wird diese Gewalt erst durch das Dulden und Nichtverhalten der Mehrheit. Deshalb ist es an uns allen, sich wann immer es nur geht sowohl gegen solche Gewalt als auch gegen alltägliche rassistische Zuschreibungen aufgrund von Aussehen, Herkunft oder Kultur einzusetzen!

Statt auf rassistische Gewalt wie in Freital oder Heidenau und die Bedürfnisse von Asylsuchenden angemessen zu reagieren, werden von staatlicher Seite jedoch die Rechte von Geflüchteten weiter eingeschränkt oder einfach die staatlichen Grenzen wieder geschlossen, wie letztes Wochenende nach Österreich. Dass auch andere Wege in der Asylpolitik möglich sind, zeigte in den letzten Wochen umgekehrt die kurzzeitige Grenzöffnung zu Ungarn. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür, dass Staatsgrenzen menschengemacht sind und genauso gut geöffnet werden könnten.

Wie in der vorherigen Asylrechtsverschärfung, gibt es auch in der geplanten einige positiv klingende Aspekte, etwa die angebliche Absicht eine nachhaltige Infrastruktur für Geflüchtete und für ihre »Integration« in Deutschland zu schaffen. Dies sollte jedoch generell Ziel sein und nicht nur dazu dienen, Verschlechterungen für Asylsuchende besser dastehen zu lassen.

Die außerdem beabsichtigte wirksamere »Bekämpfung der Schleuserkriminalität« verdreht die Tatsachen. Die Wurzel des Problems sind nicht Menschen, die anderen bei der Flucht helfen und teilweise an der Not der Flüchtenden verdienen, sondern, dass den Menschen keine legalen Einreisemöglichkeiten geboten werden und ihnen so nur der gefährliche Weg der illegalisierten Grenzübertritte bleibt.

\* [http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/v\\_Dokumente\\_Dritter/2015-09-06\\_Ergeb.Koa-Ausschuss-1.pdf](http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/v_Dokumente_Dritter/2015-09-06_Ergeb.Koa-Ausschuss-1.pdf)

\* <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle>